

Das Grundsatzprogramm der "Alternative für Deutschland"

Wilfried Müller hat am 15.2.2017 auf www.wissenbloggt.de eine Analyse des Grundsatzprogramms vom 1.5.2016 der als rechtspopulistisch eingestuften BRD-Partei "Alternative für Deutschland" (AfD) veröffentlicht, die AfD liegt bei den deutschen Wahlumfragen zwar noch weiter hinter den Umfrageprozenten der FPÖ, aber vor den deutschen Parteien Grüne, Linke und der FDP.

Eine am 13.2. veröffentlichte BRD-Umfrage brachte folgende Stimmenverteilungen (in Klammer die Ergebnisse bei der Bundestagswahl 2013): CDU/CSU: 30 % (41,5 %), SPD: 31 % (25,7 % - hier spiegelt sich der Wechsel in der SPD-Führung wieder), AfD: 12 % (4,7 %), Die Linke: 10 % (8,6 %), Grüne: 7 % (8,4 %), FDP: 5 % (4,8 %), sonstige: 5% (6,2). Bei Umfragen zu Landtagswahlen liegt die AfD im Gebiet der früheren DDR zwischen 18 und 25%, dort sind die Wähler offenbar mit der Linkspartei oder der SPD unzufrieden.

Wilfried Müller macht es sich nicht so einfach wie die deutschen Medien, die - ähnlich wie es in Österreich FPÖ-bezüglich passiert, nicht nach den in der Gesellschaft vorhandenen neuen Problemen, sondern nach den Vorgaben der political correctness schmähend und nicht inhaltlich bewerten, **er schreibt über das AfD-Programm:**

Das sind jetzt immerhin 95 Seiten (man erinnert sich an die Anfangszeiten, wo das Programm sehr viel dünner war). Bei wissenbloggt werden die interessantesten Teile dargestellt, dass man einen Eindruck bekommt. Was aus humanistischer Sicht Grund zum Anstoß bietet, soll rot kommentiert werden. Was grün kommentiert ist, soll ein Lob sein, falls sowas vorkommt. Der normale Text stammt von der AfD und ist allenfalls abgekürzt und passend geglättet.

Präambel

Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten - **unsere abendländische Kultur ist aber keine christliche, sondern eine aufgeklärte. An diesem Punkt hat sich die allgemeine Kritik übrigens nicht gestoßen. Abgesehen von der Vereinnahmung muss man den christlich Orientierten wohl zugestehen, dass sie ihre Kultur wahren wollen.**

1. Demokratie und Grundwerte

Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt - **solch klare Worte der Kritik ziehen sich durch das ganze Programm** (..) Zur Volksabstimmung: Wir wollen dem Volk das Recht geben, über vom Parlament beschlossene Gesetze abzustimmen. (..) Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. (..) Die Schweizer Erfahrung belegt, dass sich die Bürger gemeinwohlorientierter verhalten als Berufspolitiker.

Zur Trennung von Amt und Mandat: Wer Parlamentarier ist, soll in Zukunft nicht mehr Teil der Exekutive sein dürfen und umgekehrt. Minister, Kanzler und Ministerpräsidenten sollen nicht mehr zugleich Parlamentsmitglieder sein. Parlamentarische Staatssekretäre und Staatsminister sind ersatzlos abzuschaffen. Die Funktionen von "politischen Beamten" in der Staatsverwaltung sind ebenfalls abzuschaffen, von Ministerialdirektoren bis hin zu Polizeipräsidenten. Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung haben unabhängig und loyal zu sein.

Zur gesellschaftsschädigenden Politischen Korrektheit (**dies ist eine der wenigen impliziten Kritikzuweisungen, sonst wird explizit begründet**): Die Abgeordneten unserer Parlamente haben ihre Funktion als Mandatare der Bürger verloren. Ihre Loyalität gilt zuerst der politischen Partei, der sie angehören. Von ihr erhalten sie ihre Wahlchancen und ihre Wahl sichert typischerweise ihren Lebensunterhalt. Mit dieser Abhängigkeit von der Partei geht die Entfremdung vom Wähler einher.

Zur Neugestaltung des Wahlsystems: Insgesamt handelt es sich bei dem derzeitigen System der Parteienfinanzierung um ein weitgehend verdecktes System, bei dem den Parteien ein Vielfaches der Mittel zufließt, welche im Parteiengesetz eigentlich als Höchstbetrag festgelegt sind (ca. 600 Mio. / Jahr). (..) Die politische Klasse Deutschlands hat das Wahlrecht und die Wahlverfahren im Laufe der Zeit immer trickreicher ausgenutzt und angepasst, um den Einfluss des Volkes zu minimieren.

Parlamentssitze an festgesetzte Soll-Zahl von Wählerstimmen knüpfen: Im Falle einer niedrigen Wahlbeteiligung bedeutet dies eine Verkleinerung der Parlamente - **das wünschen sich viele**. Weitere Forderungen: Verkleinerung des Bundestags, Amtszeitbegrenzung der Parlamentarier, Direktwahl des Bundespräsidenten.

Lobbyismus eindämmen: Der größte Schaden für unsere Demokratie jedoch entsteht dadurch, dass ein Großteil der Nebentätigkeiten im Dunstkreis des Lobbyismus oder gar der Korruption anzusiedeln ist. (..) Die AfD möchte das kostspielige und den Steuerzahler übermäßig belastende Versorgungsmodell der Abgeordneten grundlegend reformieren. (..) U.a. durch Einführung eines Straftatbestandes der Steuerverschwendung und Straftatbestand der Haushaltsuntreue - **gut!**

2. Europa und Euro

Wir lehnen die "Vereinigten Staaten von Europa" ebenso ab wie eine EU als Bundesstaat, aus der kein Austritt mehr möglich ist. Unser Ziel ist ein souveränes Deutschland, das die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger garantiert, ihren Wohlstand fördert und seinen Beitrag zu einem friedlichen und prosperierenden Europa leistet.

Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht verwirklichen lassen, streben wir einen Austritt Deutschlands oder eine demokratische Auflösung der Europäischen Union und die Neugründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an.

Die EU ist zu einem undemokratischen Konstrukt geworden, dessen Politik von demokratisch nicht kontrollierten Bürokratien gestaltet wird. (...) Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hat im westlichen Europa über Jahrzehnte (1957 bis 1993) zu Frieden und Prosperität beigetragen. Doch die Europäische Union hat sich im Lauf der Jahre Kompetenzen angeeignet, für die es in den europäischen Verträgen keine Grundlage gibt. Die zunehmende Zentralisierung von Hoheitsrechten und die Bestrebungen, einen europäischen Bundesstaat zu schaffen, sind irrational und nicht zukunftsfähig.

Die Organe der EU, vor allem der Ministerrat, die EU-Kommission und das Parlament sind unzureichend demokratisch legitimiert. So lehnen wir auch den Beitritt der Türkei zur EU ab. Wir fordern, das Experiment EURO geordnet zu beenden.

Nach inzwischen siebzehn Jahren der systembedingt erzwungenen, marktfernen Währungsregulierung ist die Gemeinschaftswährung ohne ständige massive Vermögenstransfers in solche EU-Staaten, die einer Währungsunion nicht gewachsen sind, nicht mehr überlebensfähig. Der gemeinsame EURO ist eine grundlegende Fehlkonstruktion (...) wo die Kosten, den EURO-Raum zu erhalten, seinen Nutzen inzwischen weit übersteigen und die europäischen Integrationsmöglichkeiten überdehnen. Die AfD will den Euro beenden und bei mangelnder Einsicht der Partnerstaaten aus dem EURO-Verbund austreten.

Sie ist auch gegen die Bankenunion: Systemrelevante Banken müssen im Fall einer drohenden Insolvenz zunächst durch Verzehr des Eigenkapitals und dann durch Umwandlung von Fremdkapital in Eigenkapital rekapitalisiert werden. (...) Es ist untragbar, dass Griechenland-Anleihen mit einem geringeren Risiko bewertet werden als Kredite für den deutschen Mittelstand. Bis zum Austritt aus dem Eurowährungsverbund sind die Target-2-Salden, also die Salden der nationalen Notenbanken gegenüber der EZB, einmal im Jahr auszugleichen (**gut gewollt, aber das dürfte Illusion sein**). (...) Auch die Kreditvergabe an Staaten wird wieder mit Sicherheiten unterlegt. Dies können auch Bodenschätze oder Rechte an ihnen sein - **da werden klar begründet die deutschen nationalen Interessen vertreten. Man muss das nicht alles wollen, aber es ist ein akzeptabler und vernünftiger Standpunkt.**

3. Innere Sicherheit und Justiz

Vor einem Staat, der das Recht mit Füßen tritt, sind auch die Bürger nicht sicher (**solche Polemik kommt ganz selten vor**). (...) Die Innere Sicherheit in Deutschland nimmt immer mehr ab (**es werden aber mindestens ebensoviele Zahlen pro wie contra geliefert**). Die AfD spricht vom "sicherheitspolitischen Befreiungsschlag" (**eins der wenigen Schlagworte**). Punkte: Polizei stärken und Strafjustiz verbessern, Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre senken, Verfahren verfassungskonform beschleunigen. (...) Es soll zügiger gehen, indem insbesondere Urteilsaufhebungen und Zurückweisungen zur Neuverhandlung abgeschafft werden.

Die AfD ist für weisungsfreie Staatsanwälte, unabhängige Richter und parteiferne Rechnungshöfe, die alle sollen vor parteipolitischer Einwirkung geschützt werden. (...) Angriffe auf Amtspersonen sollen härter bestraft werden, gefährliche Täter sollen nicht in psychiatrische Krankenhäuser, sondern in Sicherungsverwahrung gesteckt werden (**das widerspricht der medizinischen Erkenntnis**).

Der erhebliche Anteil von Ausländern gerade im Bereich der Gewalt- und Drogenkriminalität begegnet derzeit nur halbherzigen ausländerrechtlichen Maßnahmen. Die Täter sind oft vor Abschiebung sicher. (...) Die Ausweisungsvoraussetzungen sind herabzusetzen und das Ausweisungsverfahren ist zu straffen, indem die Strafgerichte die Ausweisung von Kriminellen schon zugleich mit dem Strafurteil aussprechen.

Ferner sind gesetzliche Abschiebungshindernisse zu entschärfen. Außerdem sind durch Vereinbarung mit ausländischen Staaten Aufnahmekapazitäten für sonst nicht abschiebbare Personen außerhalb Deutschlands zu schaffen, ggf. muss für gefährliche Kriminelle Sicherungshaft verhängt werden können. Wir fordern, die Einbürgerung Krimineller zuverlässig zu verhindern, den Anspruch auf Einbürgerung abzuschaffen, den früheren Status Quo des Abstammungsprinzips¹ (galt bis 2000) wieder einzuführen sowie den Verlust der Staatsbürgerschaft bei bestimmten Tatbeständen im Rahmen geltenden Rechts zu forcieren (**das ist CDU-Politik, wie es die wenigsten Humanisten wollen**).

Bürger sollen legal Waffen erwerben und besitzen können (**das wollen noch weniger**). Beim Datenschutz wendet sich die AfD gegen ein ideologisch motiviertes übertriebenes Maß an Datenschutzmaßnahmen, das die Sicherheitsbehörden lähmt und unverhältnismäßig bürokratisiert. Die Folge ist mangelnde Sicherheit für rechtschaffene Bürger und Datenschutz für Täter.

Die Mehrzahl der Täter im Bereich der organisierten Kriminalität sind Ausländer. Sie auszuweisen, muss vereinfacht werden. (...) Rechtssicherheit macht Deutschland als Wirtschaftsstandort attraktiv. (...) Die AfD ist für den Aufbau eines flächendeckenden deutschen Grenzschutzes unter dem Dach der Bundespolizei. An Deutschlands Außengrenzen sollen wieder betriebsbereite Grenzübergangsstellen bereitstehen, die je nach Gefährdungslage jederzeit in Betrieb genommen werden können. Das sollen Bundeswehrangehörige und Schutzzäune leisten - **das ist rechte Politik, aber nicht illegitim. Man kann solche Meinungen nicht verbieten.**

¹ <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/IB/das-staatsbuergerschaftsrecht.html>

4. Außen- und Sicherheitspolitik

Die AfD will die Vereinten Nationen reformieren. Ziel muss es sein, internationale Krisenherde diplomatisch zu entschärfen, um humanitäre Katastrophen und den Verlust der Heimat von Bevölkerungsgruppen zu vermeiden, auch um unkontrollierten Wanderungsbewegungen in Richtung Europa entgegenzuwirken. (...) Wir treten dafür ein, sich in innere Angelegenheiten anderer Staaten nicht einzumischen; Organisationen und international agierende Konzerne (...) sind darin zu beschränken.

Die Nato wird als Verteidigungsbündnis mit Betonung auf Verteidigung aufgefasst. Immerhin sollen die deutschen Streitkräfte auch in erforderlichem Maß zur Bündnisverteidigung und Krisenvorsorge befähigt werden. (...) Nato-Einsätze außerhalb des Bündnisbereichs, an der sich deutsche Streitkräfte beteiligen, sollten grundsätzlich unter einem UN-Mandat stattfinden und nur, wenn deutsche Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden. Die Bundeswehr soll gestärkt werden, aber es soll keine europäische Armee geben.

Die AfD bejaht die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa OSZE. Sie setzt sich für den Abzug aller auf deutschem Boden stationierten alliierten Truppen und insbesondere ihrer Atomwaffen ein. Nachrichtendienste sind umfangreich zu reorganisieren und zu reformieren. Die Wehrpflicht soll wieder eingesetzt werden, das Bewusstsein für die wehrhafte Demokratie wiederbelebt werden - **das ist gegen die humanistischen Interessen.**

Unter Entwicklungshilfe steht, es liegt im deutschen Interesse, wenn die

Menschen in Entwicklungsländern eine Perspektive für ein menschenwürdiges Leben in ihrer Heimat erhalten. Die Auswanderung von Menschen in wirtschaftlicher Not nach Deutschland löst die Probleme vor Ort nicht. Fluchtursachen in den Herkunftsländern müssen bekämpft werden, auch wenn dies für die westliche Wirtschaft nachteilig ist - **dieser gescheite Standpunkt ist auch AfD!**

5. Arbeitsmarkt und Sozialpolitik

Die Arbeitswelt soll es allen Bürgern ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben in relativem Wohlstand zu führen. Weil dieser Anspruch mit den Zielen der Wirtschaft nicht unbedingt deckungsgleich ist, muss der Staat einen angemessenen Ordnungsrahmen schaffen. (...) Er soll den Arbeitsmarkt von unnötiger Bürokratie befreien, die Einzelgesetze systematisch zusammenführen und auch der überbordenden und

uneinheitlichen Rechtsprechung ein Ende bereiten.

Die AfD will die Bundesagentur für Arbeit auflösen und dafür die kommunalen Jobcenter aufwerten. Der Mindestlohn soll beibehalten werden - **das sagt die AfD. Außerdem will die AfD die Familie fördern.** Die Leistung von Eltern durch die Geburt, Versorgung und Erziehung von Kindern will sie nicht nur ideell, sondern auch materiell anerkennen - **nur Familie anerkennen? Nicht Alleinerzieher?**

Weiter: wir wollen die derzeitigen finanziellen Nachteile von Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen korrigieren. Wenn wir der demografischen Fehlentwicklung (durch 1,3 Kinder pro Frau) nicht gegensteuern, werden unsere Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungssysteme zusammenbrechen. Stichwort für das AfD-Steuermodell ist "Aktivierende Grundsicherung" - Arbeit, die sich lohnt. Dabei verbleibt dem Erwerbstätigen stets ein spürbarer Anteil des eigenen Verdienstes. Dadurch entsteht Arbeitsanreiz.

Bei der Rente soll die Kinderzahl und die Erziehungsleistung stärker als bisher berücksichtigt werden. Durch eine spezielle Förderung von Mehrkindfamilien möchte die AfD zudem dazu ermutigen, sich für mehr Kinder zu entscheiden.

Die AfD will Familienarbeit in der Pflege als Beitrag für das Gemeinwohl gesellschaftlich anerkennen. Die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der sozialen Sicherungssysteme werden (derzeit wird 70% der Pflege durch Angehörige geleistet). Die Pflegesätze für Pflegedienste sind in allen Pflegestufen doppelt so hoch wie für die Angehörigen, das soll sich ändern.

6. Familien und Kinder (dies Thema kommt mehrfach)

Insbesondere Ehe und Familie garantieren als Keimzellen der bürgerlichen Gesellschaft den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt und genießen daher zu Recht den besonderen Schutz des Staates. Die AfD legt ein Bekenntnis zur traditionellen Familie als Leitbild ab. Sie sieht die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit und wendet sich gegen die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch Krippen und Ganztagschulen und gegen die Umsetzung des "Gender-Mainstreaming"-Projekts² - **der Gender-Punkt kommt immer wieder, damit liegt die AfD weit auf der konservativen Seite. Ihre Haltung dazu ist sowas wie Gleichberechtigung ja, Gleichstellung nein.**

Wenn ein Elternteil die Erziehungsleistung allein tragen muss, bedarf es besonderer Unterstützung. Die AfD will mehr Kinder statt Masseneinwanderung. Sie beklagt die jährlich rund 100.000 Abtreibungen nach der Beratungsregel (soziale Indikation) - **im Klartext, sie missachtet die Schwangerenrechte zugunsten von Fötusrechten.**

Weitere Klage: Durch das sich Ausbreiten der konflikträchtigen Multi-Minoritätengesellschaften erodieren der soziale Zusammenhalt, das gegenseitige Vertrauen und die öffentliche Sicherheit als unverzichtbare Elemente ei-

² <http://www.bpb.de/gesellschaft/gender/gender-mainstreaming/>

nes stabilen Gemeinwesens. Der durchschnittliche Bildungsstand wird weiter sinken (weil insbesondere muslimische Migranten in Deutschland nur ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau erreichen).

Dahinter steht unausgesprochen das vielfach vertretene Dogma *Deutschland muss 80 Mio. Einwohner haben*. Im Gegensatz dazu wird aber auch gesagt: Eine graduelle Abnahme der Bevölkerungszahl darf in Deutschland als einem der am dichtesten besiedelten Länder der Welt kein Tabu sein.

Neue Techniken der Automatisierung und Digitalisierung bieten Deutschland die Chance, auch bei einer abnehmenden Zahl an Arbeitskräften die Wirtschaftskraft Deutschlands ohne gravierende Wohlstandsverluste zu erhalten. Immerhin propagiert das AfD-Modell statt der voll erwerbstätigen Frau die Vollzeit-Mutter. Deshalb solche Wohltaten für die Familie: Zinslose Darlehen für Eltern zum Erwerb von Wohneigentum, soll mit neugeborenen Kindern abzuzahlen sein. Falls das Kinderschaffen damit nicht klappt, soll außerdem den Alten eine Chance gegeben werden.

Die AfD hält daher ein Umdenken in der Arbeitswelt für förderlich. Weder familienbedingte Erwerbspausen noch Teilzeitarbeit sollten sich negativ auf den beruflichen Status und die weitere berufliche Entwicklung auswirken. Die AfD will also Familien stärken, und auch Alleinerziehende will die AfD unterstützen, obwohl dieses Lebensmodell in der Regel gravierende Nachteile für alle Beteiligten hat, insbesondere aber für die betroffenen Kinder - **dieser Glaubenssatz wird ohne Beleg behauptet.**

Die AfD wendet sich dagegen, die Einelternfamilien als fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf zu propagieren. Sie will eine Willkommenskultur für Neu- und Ungebore, einen Lebensschutz, der bereits beim Embryo beginnt. Bei der Schwangerenkonfliktberatung soll das vorrangige Ziel der Beratung der Schutz des ungeborenen Lebens sein. Außerdem wendet sich die AfD gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschenrecht zu erklären - **dabei ist das ein Menschenrecht, nämlich das Recht des schwangeren Menschen gegenüber einem Noch-nicht-Menschen.**

7. Kultur Sprache Identität

Deutsche Kultur, Sprache und Identität sollen erhalten bleiben. Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur deutschen Leitkultur, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt - **da fehlen wieder Aufklärung, Enttabuisierung, Emanzipation.**

Die AfD sieht die deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität. Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. **Das ist eben der konservative Standpunkt, der die alte Kultur hochhalten will und Neuerungen ablehnt.**

Die Zwangsfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist umgehend abzuschaffen und das Ganze in ein Bezahlfernsehen umzuwandeln. Dann soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich auf wertvolle Inhalte wie hochwertige Berichterstattung, Bildung, Kunst und Kultur konzentrieren, er darf kostspielige Unterhaltung nur noch dann bieten, wenn er auch die notwendigen Einnahmen dafür erzielt.

Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. **Aber:** Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.

Immerhin: Viele Muslime leben rechtstreu sowie integriert und sind akzeptierte und geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD verlangt jedoch zu verhindern, dass sich islamische Parallelgesellschaften mit Scharia-Richtern bilden und zunehmend abschotten. **Kritik am Islam muss erlaubt sein.**

So soll die Auslandsfinanzierung von Moscheen beendet werden. Die wachsende Einflussnahme des islamischen Auslands ist mit dem freiheitlichen Verfassungsstaat und der Integration von hier lebenden Muslimen nicht vereinbar. Imame, die in Deutschland predigen wollen, bedürfen der staatlichen Zulassung. Sie müssen sich vorbehaltlos zu unserer Verfassungsordnung bekennen und müssen abgesehen von der Koranrezitation in deutscher Sprache predigen - **dem kann man kaum widersprechen.**

Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen und die Stellen der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen. Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschaftssymbol ebenso ab wie den Muezzinruf, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt. **Das beten die Christen allerdings auch, und dagegen sagt die AfD nix.**

Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen, die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst. Im öffentlichen Dienst soll kein Kopftuch getragen werden; in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch Schülerinnen in Anlehnung an das französische Modell.

8. Schule, Hochschule und Forschung

Die AfD fordert, die oft politisch-ideologische Vergabe von staatlichen Drittmitteln (an der Universität) durch eine Erhöhung der Grundfinanzierung zu ersetzen. Die Förderung der "Gender-Forschung" soll ganz beendet wer-

den. Ihre Methoden genügen nicht den Kriterien der Wissenschaft, da ihre Zielsetzung primär politisch motiviert ist. Hier hätte die AfD noch den fehlenden Einsatz zur Emanzipation der muslimischen Frauen gegen Blüten wie Trigger-Warnungen und "Professorinnen" als Männer-Anrede abwägen können.

Unbeschadet der Gültigkeit erworbener Bachelor- und Mastergrade fordert die AfD die Rückkehr zu den bewährten Studienabschlüssen Diplom, Magister und Staatsexamen und den entsprechenden Regularien - sinnvoll, weil die Marke *Diplomingenieur* Milliarden wert ist.

Die Studienanforderungen sollen erhöht werden, ständig sinkende schulische Anforderungen haben dazu geführt, dass mit bestandenem Abitur die Hochschulreife nicht mehr gesichert ist. In der Schule wird deshalb uneingeschränkt das Leistungsprinzip befürwortet. Schüler haben ein Recht darauf, in einem nach oben und unten durchlässigen Schulsystem Erfolge und Niederlagen zu erfahren.

Leistungsbereitschaft und Disziplin sollen gestärkt werden. Schulverweigerung, Null-Bock-Mentalität, Disziplinlosigkeit, Mobbing und Gewalt in der Schule sind nicht zu tolerieren und unter Einbeziehung der Erziehungsberechtigten angemessen zu ahnden. **Besser wär's natürlich, wenn man den Null-Böcken als Alternative eine Arbeit verschaffen könnte, wo sie selber ihr Geld verdienen können.**

Politisch-ideologische Indoktrination darf es an der Schule nicht geben. Eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht lehnen wir ebenso entschieden ab wie die ideologische Beeinflussung durch das "Gender-Mainstreaming". Das traditionelle Familienbild darf dadurch nicht zerstört werden. **Das sind allerdings Ansichten aus dem Wolkenkuckucksheim, wo sich das traditionelle Familienbild doch in der Hälfte der Ehen von selber zerstört.**

Die AfD will die duale berufliche Bildung stärken und erhalten. Sie will keine Inklusion um "jeden Preis", sondern die Förder- und Sonderschulen erhalten - **das sehen anscheinend auch viele Fachleute so.**

Solange der Islam keine echte Reformation durchlaufen hat, will die AfD die Koranschulen schließen und Islamkunde in den Ethikunterricht integrieren. Weiter: Wir befürchten die unkontrollierbare Gefahr einer radikalen verfassungsfeindlichen Indoktrination. Sonderrechte für muslimische Schüler lehnen wir ab und fordern die Teilnahme am Sportunterricht und an Klassenfahrten ohne Ausnahme. Muslimische Schüler und ihre Eltern haben auch weibliche Lehrkräfte als Vertreter unserer Werte und unserer staatlichen Ordnung uneingeschränkt zu akzeptieren.

Und nochmal nein zu "Gender-Mainstreaming" und Frühsexualisierung: Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau wird durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch "korrigiert". Die AfD lehnt diese Geschlechterpädagogik als Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung ab.

Es soll auch keine "geschlechterneutrale" Umgestaltung der deutschen Sprache geben. Die AfD lehnt auch Geschlechterquoten im Studium oder in der Arbeitswelt generell ab, da Quoten leistungsfeindlich und ungerecht sind und andere Benachteiligungen schaffen. Die AfD ist aber für die grundrechtlich garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau (im Sinne von Chancengleichheit).

9. Einwanderung, Integration und Asyl

Was unter der "politischen Korrektheit" läuft - diese Art von Umgang mit unangepassten Meinungen war in der Vergangenheit Merkmal totalitärer Staaten, aber nicht von freien Demokratien (**eine der ganz wenigen Klagen**). Niemand darf Angst haben, seine Meinung zur Einwanderungs- und Asylpolitik zu sagen.

Deutschland ist kein klassisches Einwanderungsland, obwohl seit Jahrzehnten Menschen nach Deutschland einwandern. (...) Damit ist es de facto doch ein Einwanderungsland, ohne dass es dafür einen dementsprechenden Rechtsrahmen gäbe. Die AfD fordert einen Paradigmenwechsel mit 4 Punkten:

Asylzuwanderung

Die unzutreffende Bezeichnung "Flüchtling" für fast alle Menschen, die irregulär nach Deutschland einreisen, um hier dauerhaft zu bleiben, ist Ausdruck dieser verfehlten Politik. (...) Die AfD will politisch Verfolgte und (Kriegs-) Flüchtlinge, die unmittelbar vor ihrer Einreise echten, kriegsbedingten Gefahren ausgesetzt waren, einerseits und irreguläre Migranten andererseits unterscheiden. Irreguläre Migranten, die, anders als Flüchtlinge, nicht verfolgt werden, können keinen Flüchtlingsschutz beanspruchen (**unhumanistisch**). Echte Flüchtlinge will auch die AfD schützen, solange die Fluchtursache im Heimatland andauert (**immerhin**).

Entfällt der Fluchtgrund durch Beendigung von Krieg, politischer oder religiöser Verfolgung im Herkunftsland der Flüchtlinge, endet deren Aufenthaltserlaubnis. Die betroffenen Flüchtlinge müssen Deutschland wieder verlassen. Für sie sollte es Rückkehrhilfen geben. Ihre Rückkehr sollte durch ein internationales Wiederaufbauprogramm unterstützt werden (**immerhin**).

Tod vieler Menschen auf dem Mittelmeer - die AfD will diese zynisch hingenommene Folge eines irregeleiteten Humanitarismus vermeiden und die daraus entstehende Gefahr sozialer und religiöser Unruhen sowie eines schleichenden Erlöschens der europäischen Kulturen abwenden. Die AfD setzt sich daher für eine vollständige Schließung der EU-Außengrenzen ein und fordert den aus politischen und anderen Gründen flüchtenden Menschen folgende Option anzubieten:

In der Herkunftsregion von Flüchtlingsbewegungen, wie z.B. Nordafrika, werden Schutz- und Asylzentren in sicheren Staaten eingerichtet. - vorzugsweise mit UN- oder EU-Mandat, notfalls von Deutschland eigenständig. Asylanträge können nur dort gestellt werden. Schutzsuchende aus diesen Regionen, die in Deutschland eintreffen und hier ihre Anträge stellen, werden ausnahmslos zur Durchführung des Asylverfahrens zur zuständigen Aufnahmeeinrichtung in der Herkunftsregion begleitet.

An allen deutschen Grenzübergängen, an denen eine unregelmäßige Einwanderung stattfindet, sind strenge Personenkontrollen einzuführen, um illegale Grenzübertreitte zu verhindern. Notfalls auch eine Bewachung der "grünen Grenze".

Die AfD will das individuelle Asylgrundrecht durch die grundgesetzliche Gewährleistung eines Asylgesetzes (institutionelle Garantie - **Unterschied nicht erklärt**) ersetzen. Die Genfer Konvention von 1951 und andere, veraltete supra- und internationale Abkommen sind an die globalisierte Gegenwart mit ihren weltweiten Massenmigrationen anzupassen - **das macht Sinn**. Das Asylrecht darf nicht länger als ein Vehikel der Masseneinwanderung missbraucht werden - **das ist überzogen**.

Die Entscheider des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge mussten seit Ende 2014 die Pauschalanerkennung ganzer Volksgruppen vornehmen, anstatt Einzelentscheidungen zu treffen. Nachprüfungen von Identität, Herkunft, Staatsangehörigkeit usw. fanden nicht statt, was zum Missbrauch geradezu einlädt. Die Entscheider müssen wieder unabhängig von Weisungen werden, wie dies bis 2002 der Fall war - **sinnvoll**.

Auch die Lebensbedingungen in heimatnahen Flüchtlingslagern in Folge von Kriegen müssen auf einem Niveau gehalten werden, das eine Weiterwanderung überflüssig macht. Mit einem Bruchteil der Finanzmittel, die wir für die Bewältigung der irregulären Migration im Inland aufwenden müssen, können wir ungleich mehr Menschen vor Ort helfen, und den Auswanderungsdruck dort vermindern - **sehr sinnvoll**.

Rückführung - Schluss mit Fehlanreizen und falscher Nachsicht. Rückführungen in die Herkunftsländer werden auf mannigfache Weise sabotiert. Daran beteiligt sind die Ausreisepflichtigen, inländische Helfer und teilweise auch die Herkunftsländer. Kampagnen der Einwanderungslobby und Medien zielen auf immer neue Bleiberechte.

Die AfD will diese Missachtung des Rechtsstaats beenden. Sie fordert, das Abschieberecht zu ertüchtigen, zu vereinfachen und es konsequent anzuwenden; vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern dürfen nicht gleichzeitig Anreize zum Bleiben gegeben werden. Unter anderem ist ihre Sozialhilfe dauerhaft auf ein rechtlich zulässiges Minimum in Sachleistungen zurückzuführen. Altfall- und Bleiberechtsregelungen wollen wir streichen - **im Grunde CDU-Politik**.

Eine freiwillige Ausreise ist besser als eine Abschiebung. Gerade wer aus rein wirtschaftlichen Motiven Asyl in Deutschland beantragt hat, kann - ggf. durch Gewährung einmaliger Starthilfe - zur freiwilligen Rückkehr bewogen werden.

Die AfD bekennt sich dazu, ökonomische Fluchtursachen zu vermeiden, auch wenn dies für die westliche Wirtschaft zunächst Nachteile mit sich bringen könnte. Dazu gehört beispielsweise ein Exportstopp für hochsubventionierte landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Afrika, die dort die lokalen Märkte ruinieren und den Menschen ihre Lebensgrundlage nehmen. Dasselbe gilt für den Export von Waffen, Altkleidern, Giftmüll und anderen westlichen Abfallprodukten sowie für die EU-Fischerei vor den afrikanischen Küsten - **das ist humanistisch!**

Einwanderung aus EU-Staaten

Die AfD fordert die Beendigung des massenhaften Missbrauchs von Rechten, die mit der europäischen Freizügigkeit einhergehen - **Umfang ist unbelegt**. Sollte die Neuausrichtung keine Wirkung entfalten, dann fordern wir, die EU-Personenfreizügigkeit dahingehend einzuschränken, dass dem aufnehmenden Staat eine kontrollierte Steuerung der EU-Zuwanderung durch Arbeitnehmer und Familienangehörige möglich ist - **also Rücknahme Freizügigkeit**.

Die direkte Einwanderung in die Sozialsysteme muss verhindert werden - **da fehlen auch Belege**

Gesteuerte Einwanderung aus Drittstaaten

Wir setzen uns für eine maßvolle legale Einwanderung nach qualitativen Kriterien ein, soweit ein unabwiesbarer Bedarf weder durch einheimische Potentiale noch durch Zuwanderung aus der EU gedeckt werden kann. Für den Arbeitsmarkt qualifizierte Einwanderer mit hoher Integrationsbereitschaft sind uns willkommen.

Davon strikt zu trennen ist die unregelmäßige Asylzuwanderung, die dem Wirtschaftsstandort Deutschland nicht nutzt und der Gesellschaft schadet - **unhumanistisch**. Die Versorgung unseres Landes mit qualifizierten Arbeitskräften muss in erster Linie über die vollständige Erschließung der einheimischen Potentiale erfolgen. Hierzu zählen eine umfassende Aus- und Weiterbildung, die Integration von immer noch Millionen zählenden Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt und die Beendigung der Diskriminierung von älteren Arbeitnehmern und von Alleinerziehenden.

Die AfD will für Deutschland ein "kanadisches Modell". Über Qualität und Quantität der Einwanderung selbst zu bestimmen, ist herausragendes Merkmal staatlicher Souveränität; das muss uneingeschränkt auch für Deutschland gelten.

Integration der Einwanderern dieser drei Kategorien

Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert. Um mit Einwanderern in der Zukunft friedlich zusammenleben zu können, ist deren Integration unerlässlich. Nur so lässt sich auch das weitere Vordringen von Gegen- und Parallelgesellschaften in unserem Land verhindern.

Dazu verlangt die AfD nach angemessener Zeit die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, die Achtung und gelebte Bejahung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie den Verdienst des eigenen Lebensunterhalts. Assimilation als weitestgehende Form der Integration ist zwar anzustreben, aber nicht erzwingbar - **keine Zwangs-Christianisierung**.

Jeder Einwanderer hat eine unabdingbare Bringschuld, sich zu integrieren; er muss sich seiner neuen Heimat anpassen, nicht umgekehrt. Wer sich der Integration verweigert, muss sanktioniert werden und letztendlich auch sein Aufenthaltsrecht verlieren können.

Die Kosten werden so diskutiert: Ausnahmslos jeder Asylantragsteller wandert in das soziale System ein, da ihm ab Grenzübertritt Leistungsansprüche zustehen. Nach seiner Anerkennung gilt dasselbe für nachziehende Familienmitglieder. Die AfD fordert, die schrankenlosen Möglichkeiten des Familiennachzugs für anerkannte Asylbewerber zu beenden, weil dies sonst einen direkten und dauerhaften Nachzug in das soziale Netz ermöglicht.

Im Gefolge der Massenzuwanderung ist eine kartellähnliche Migrationsindustrie entstanden, die vielerorts die Preise diktiert. Es gibt keine umfassende Kostenanalyse und -darstellung. Sie ist der politischen Führung in Bund und Ländern auch höchst unerwünscht. Forderung: Die Kosten sollen auf allen Ebenen der Verwaltung völlig transparent und vollständig dargestellt werden. Die wirtschaftliche Verwendung von Steuermitteln muss auch im Einwanderungssektor konsequent durchgesetzt werden.

Die Staatsangehörigkeit von SGB-II-Beziehern wird nicht aufgeschlüsselt und ist geheim. Damit ist die Zahl der als asylberechtigt Anerkannten, die dauerhaft im sozialen Netz verbleiben, nicht bekannt. Die AfD fordert auch hier vollständige Transparenz - **da haben sie recht**. (...) Statistiken über den Asyl- oder Migrationshintergrund der Tatverdächtigen bzw. Täter werden aus politischen Gründen kaum geführt, geheim gehalten oder geschönt. Teilweise verschweigen oder verharmlosen öffentliche Stellen und Medien die durch die Asylzuwanderung verursachten Probleme. Eine Reform der Kriminalstatistik ist daher Ziel der AfD - **zur Transparenz muss auch der Humanist zustimmen**.

Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten schaffen, um ausländischen Straftätern leichter und schneller das Aufenthaltsrecht entziehen zu können. Dies ist ein wirkungsvolles Mittel zur Bekämpfung der einwanderungsbedingten Kriminalität - **hier wird eine solche im großen Maßstab unterstellt**. Die AfD fordert, dem Schutz der Bürger vor einwanderungsbedingter Kriminalität oberste Priorität einzuräumen.

Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit ist Abschluss einer erfolgreichen Integration, nicht aber deren Ausgangspunkt. (...) Die Anforderungen für eine Einbürgerung sollten deutlich erhöht werden. Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nur an mündige Einwanderer verliehen werden. Damit unvereinbar ist der automatische Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für Kinder ausländischer Elternpaare, der zu erheblichem Missbrauch geführt hat. Diese Kinder sollen die deutsche Staatsangehörigkeit nur dann erhalten, wenn mindestens ein Elternteil bereits Deutscher ist. Das Territorialprinzip³ wollen wir aus diesen Gründen wieder aus dem Gesetz streichen.

10. Wirtschaft, digitale Welt und Verbraucherschutz

Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle. Die AfD will gleiche und eindeutige Regeln für alle Marktteilnehmer, unabhängig von deren Größe oder Rechtsform sowie staatlich garantierte Rechtssicherheit. Sie will keine Planwirtschaft, sondern soziale Marktwirtschaft nach Erhard - **dem werden die meisten zustimmen**.

Wirtschaft ist immer Mittel zum Zweck, niemals Selbstzweck. Die größte Hypothek für das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft stellt unseres Erachtens gegenwärtig die beispiellose EURO-Rettungspolitik der Staaten des EURO-Währungsverbundes und die Manipulation der Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank dar. Hier werden grundlegende Marktmechanismen wie der Zusammenhang von Sparen und Investieren ausgehebelt, Haftungsgrundsätze verletzt und das Verhältnis zwischen Gläubigern und Schuldern schwer beeinträchtigt - **das stimmt**.

Zwar befürwortet die AfD internationale Handelsabkommen, aber dabei sind der Grundsatz der Gleichbehandlung sowie deutsche Industrie-, Sozial- und Umweltstandards zu berücksichtigen. Handelsabkommen sollen deutsche Sicherheitsstandards in keinem Fall unterlaufen. Das marktwirtschaftliche Prinzip der Gleichbehandlung ist zu beachten. Inländische wie ausländische Unternehmen müssen rechtlich gleichgestellt werden. Unsere Bürger bleiben der Souverän unseres Staates, die Regulierungshoheit des Parlamentes darf nicht eingeschränkt werden.

Jegliche Übertragung von Souveränitäts- und Hoheitsrechten in Freihandelsabkommen auf Sonderschiedsgerichte ist abzulehnen. Die AfD lehnt daher Handelsabkommen grundsätzlich ab, wenn diese intransparent und nicht öffentlich sowie ohne Beteiligung des Bundestages verhandelt werden, ohne ausgewogene Interessenwahrung der beteiligten Parteien gestaltet sind und unzulässig in nationales Recht eingreifen. Aus diesen Gründen werden von uns auch TTIP, TISA und CETA abgelehnt (**das war noch vor Trump**).

³ <https://de.wikipedia.org/wiki/Territorialit%C3%A4tsprinzip>

Wir wollen auf breiter Front deregulieren und Bürokratie abbauen. Die Selbständigkeit soll auch für junge Menschen wieder eine echte, erstrebenswerte Option werden und nicht als arbeitsmarktpolitisches Instrument missbraucht werden, um die Arbeitslosenstatistik zu entlasten.

Die AfD will staatliche Subventionen reduzieren und befristen. Es soll keine Privatisierung gegen den Willen der Bürger geben. Die AfD setzt sich für kostenfreies WLAN in öffentlichen Einrichtungen (z.B. Bibliotheken) ein - **das ist aber eine staatliche Subvention, oder?**

Gegen ungewollten Informationsabfluss: Die AfD fordert zumindest für die öffentliche Verwaltung in Deutschland den Einsatz von Betriebssystemen und Programmen, die über quelloffene Software erstellt wurden und die im Vorfeld überprüft werden konnten, ob unautorisierte Zugriffe möglich sind. Außerdem soll der Verbraucherschutz modernisiert und gestärkt werden, Lebensmittel sollen besser gekennzeichnet werden (..) Und die deutsche Literatur soll im Inland digitalisiert werden statt nur von Google.

11. Finanzen und Steuern

Die AfD strebt eine rechtsformneutrale Besteuerung an. Damit entfallen rein steuerliche Motive für komplexe gesellschaftsrechtliche Strukturen mit zusätzlichem Arbeitsaufwand bei Unternehmen und Behörden. Es soll eine Obergrenze für Steuern und Abgaben geben, die AfD will das Familiensplitting⁴ einführen.

Die AfD will die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögensteuer und die Erbschaftsteuer abschaffen. Beide sind Substanzsteuern, d.h. sie werden unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerbürgers erhoben. Sie greifen auf Vermögen zu, die typischerweise aus versteuertem Einkommen entstanden sind. Sowohl der Verwaltungsaufwand für ihre Erhebung ist überproportional hoch als auch ihr Ertrag für die Staatseinnahmen nur marginal. Hinzu kommt, dass die Erbschaftsteuer besonders mittelstandsfeindlich ist - **de facto zahlt der Staat den reichen Erben drauf, und die Vermögenssteuer wird seit 1996 nicht mehr erhoben. Humanisten dürften beides verlangen.**

Die AfD will die nationale Steuererhebungscompetenz beibehalten und befürwortet den Wettbewerb nationaler Steuersysteme - **d.h. Steuern runter.** Die AfD wendet sich entschieden gegen ein eigenes Steuererhebungsrecht der Europäischen Union - **das sehen viele so.**

Die AfD setzt sich für die Wiederherstellung des Bank- und Steuergeheimnisses ein - **damit kann sich wohl kein Humanist abfinden - was wird aus der Transparenz? (..)** Die AfD will Föderalismus und Eigenständigkeit stärken, sie will Staatsschulden planmäßig tilgen - **es soll richtiges Geld gezahlt werden statt neu geschöpftes.** (..) Die Bargeldnutzung muss uneingeschränkt erhalten bleiben, die AfD will das Geldsystem überdenken und das Gold heimholen - **schon geschehen.**

12. Energiepolitik

Die AfD sagt "Ja zum Umweltschutz", macht aber Schluss mit der "Klimaschutzpolitik" und mit den Plänen zur Dekarbonisierung und "Transformation der Gesellschaft". Die Wahrnehmung des CO² nur als Schadstoff werden wir beenden und alle Alleingänge Deutschlands zum Reduzieren der CO²-Emissionen unterlassen. CO²-Emissionen wollen wir nicht finanziell belasten. Klimaschutz-Organisationen werden nicht mehr unterstützt - **das ist krass. Sie bestreiten die Ergebnisse der Klimasimulationen, ohne was Eigenes dagegenzustellen. Richtigerweise erwähnen sie positive Wirkungen, aber wo ist die Abwägung? Darauf kann sich wohl kaum ein Humanist einlassen.**

Die AfD tritt dafür ein, das EEG⁵ ersatzlos abzuschaffen. Sie rechnet eine Subventionierung von 27 Milliarden EURO jährlich aus, die über den Strompreis auf die Verbraucher abgewälzt werden. In den letzten zehn Jahren hat der Strompreis sich verdoppelt, ein Ende des Preisanstiegs ist nicht absehbar. Im Ergebnis findet eine gigantische Umverteilung von Vermögen statt, von der Bevölkerung und Wirtschaft hin zu den wenigen Subventionsgewinnern. Es darf kein Tabu sein, den Umfang bestehender Subventionsverpflichtungen aus dem EEG infrage zu stellen - **eine Reform wäre besser.**

Auch die Energieeinsparverordnung⁶ wird kritisiert: Ein messbar geringerer Energieverbrauch wird hingegen nur selten erreicht. Oft tritt das Gegenteil ein, da die Dämmmaterialien das Eindringen der durch die Sonne erzeugten Wärme verhindern. Die staatliche Bevormundung der Besitzer von Gebäuden, der Wohneigentümer und Mieter für Maßnahmen zur Wärmedämmung und Erhöhung der Energie-Effizienz in Gebäuden ist zu beenden. EnEV und EEWärmeG führen zu einem rasanten Anstieg der Baukosten und dienen als Rechtfertigung für Luxussanierungen. Dadurch sind die Mieten vieler Wohnungen für Bürger mit mittleren und geringen Einkommen kaum noch bezahlbar. Auch aus diesen Gründen setzt sich die AfD dafür ein, die EnEV und das EEWärmeG ersatzlos zu streichen - **da ist was dran.**

Die Subventionen für Bioenergie sollen auch beendet werden, außer bei biologischen Abfällen. Keine Bioenergiegewinnung in Konkurrenz zur Erzeugung von Nahrungsmitteln. Daher setzt sich die AfD dafür ein, die Subventionierung und Vorrangspeisung des Stroms aus Biogasanlagen durch Abschaffen des EEG zu beenden.

⁴ <https://de.wikipedia.org/wiki/Familiensplitting>

⁵ <https://de.wikipedia.org/wiki/Erneuerbare-Energien-Gesetz>

⁶ <https://de.wikipedia.org/wiki/Energieeinsparverordnung>

Beim Fracking sollen Risiken und Chancen erforscht werden, aber nicht ohne Bürgerbeteiligung. (...) Zur Kernenergie sollen Alternativen erforscht werden, bis dahin übergangsweise Laufzeitverlängerung. Wir wollen die Forschung zur Kernenergie sowie Reaktor- und Kraftwerkstechnik wieder erlauben. Dabei sind selbstverständlich die nötigen Sicherheitsstandards einzuhalten. Die Nutzung der Kernenergie ist jedoch kein Selbstzweck und ihre zukünftige Ersetzung denkbar. Deshalb sind alle übrigen Energieformen weiter mit Nachdruck zu erforschen - **die Alternativen sind Gas aus Strom usw, und die erneuerbare Stromgewinnung wollen sie kupieren.**

13. Natur- und Umweltschutz Land- und Forstwirtschaft

Die AfD will den unkontrollierten Ausbau der Windenergie stoppen: Den weiteren Ausbau in Deutschland lehnen wir ab. Er bringt mehr Schaden als Nutzen (**unbelegt**). Windenergieanlagen sind nur noch ausnahmsweise an Standorten zuzulassen, an denen keine Beeinträchtigungen für Menschen, Tiere oder das Landschaftsbild zu erwarten sind. Bei der Standortwahl sind die Menschen vor Ort durch Bürgerentscheide zu beteiligen.

Die artgerechte Haltung von Tieren muss durchgesetzt werden, die AfD lehnt Schächten (betäubungsloses Töten bzw. Schlachten) von Tieren ab. (...) Die AfD öffnet sich der Forschung und Entwicklung im Bereich der Gentechnik. (...) Sie setzt sich dafür ein, die Abhängigkeit unserer Nahrungsmittelversorgung von wenigen multinationalen Großkonzernen zu verringern, die Saatgutvielfalt zu erhalten und damit auch die Biodiversität unserer Nahrungsmittel.

In der Landwirtschaft soll es mehr Wettbewerb geben und weniger Subventionen. Die AfD tritt dafür ein, dass landwirtschaftliche Flächen der Nahrungsmittelproduktion dienen und nicht zunehmend für andere Zwecke herangezogen werden. So lehnen wir jegliche Form der Bodenspekulation durch international tätige Konzerne und den vermehrten Anbau von Biomasse zur Energiegewinnung ab. Fischerei, Forst und Jagd soll im Einklang mit der Natur geschehen, **die AfD ist für die Fischer und gegen die Fische.** (...) die Flächenkonkurrenz darf nicht zu Lasten der Land- und Forstwirtschaft gehen.

14. Infrastruktur, Wohnen und Verkehr

Voranschreitender Verfall kennzeichnet den Zustand vieler öffentlicher Bauten - sowohl im Verkehrswegenetz (Straßen, Brücken, Schienen, Leitungs- und Datennetze) als auch beim öffentlichen Hochbau (Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Kultureinrichtungen, Behördenbauten, Sportanlagen usw.). Die öffentliche Ver- und Entsorgung leidet bei Strom, Wasser, Gas, Fernwärme, Abwasser, Straßendienst, Stadtreinigung und Grünpflege unter Verfall und Planungschaos. Nach jahrelangen substanzgefährdenden Einsparungen ist ein massiver Investitionsstau eingetreten. Werterhalt soll aber vor Modernisierung und Neubau gehen.

Interventionen in die technische Projektabwicklung durch Politiker sind konsequent zu unterbinden. Die Politik ist ausschließlich im Vorfeld der Planungen für die Formulierung des Bedarfs und des Projektumfanges verantwortlich. (...) Öffentlich-Privat-Projekte sollen besser geprüft werden, Transparenz statt Lobby. (...) Wegen der bei ÖP-Projekten bei der öffentlichen Hand verbleibenden Risiko- und Garantiepflichten sind besondere Schutz- und Vorsorgemaßnahmen bei der Entscheidungsfindung erforderlich. Überhöhte Beraterkosten, private Schiedsverfahren, mangelnde Qualitätskontrollen und Lobby-Zugehörigkeit bei den Beratern werden wir nicht tolerieren.

Beim Straßen- und Schienennetz soll die Substanz erhalten werden. Die AfD tritt dafür ein, die Straßen, so weit als möglich, vom grenzüberschreitenden Massentransport schwerer Güter zu entlasten und diese auf die Schiene und auf Wasserstraßen zu verlagern. Die Straßennutzungsgebühren für schwere LKW müssen nach der tatsächlichen Fahrbahnbelastung und dem Fahrbahn-Zerstörungsgrad durch schwere Achslasten erhoben werden.

Ansonsten will die AfD freie Nutzung der Verkehrsmittel ohne Schikane. Die Autofahrer werden auf Deutschlands Straßen durch immer mehr und nicht nachvollziehbare Geschwindigkeitsbeschränkungen behindert. Die AfD fordert "Freie Fahrt für freie Bürger" und lehnt alle Beschränkungen aus anderen Gründen als der Verkehrssicherheit ab. Kein Tempolimit auf Autobahnen, 100 km/h auf Landstraßen und 50 km/h innerorts auf allen Durchgangsstraßen, jederzeit - **da sprechen die Raser.**

Die AfD will die ländlichen Regionen stärken. Für die in Deutschland sehr unterschiedlichen ländlichen Räume kann es kein einheitliches Leitbild geben. Deshalb wollen wir individuelle Entwicklung zulassen, um den besonderen Möglichkeiten und Fähigkeiten in den einzelnen Regionen vor Ort Raum zu geben. (...) In der Wohnungspolitik wollen wir das Baurecht vereinfachen und Wohnraum schaffen.

Wir wollen Bundesbaugesetze, die um Ballungsgebiete herum eine ausreichende Baulandausweisung auch für die Ballungsgebietzentren ermöglichen. Diese sind dem Planungshoheitsrecht der betroffenen Umlandgemeinden vorzuziehen. (...) Die gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften und Wohnungsgesellschaften sind zu stärken. Bei der Stadtentwicklung soll nach neuesten Erkenntnissen nachverdichtet werden, wobei Bausünden verhindert werden sollen.

Unterm Strich

Der Umfang des Artikels besagt schon, dass die AfD eine durchaus achtbare Liste von Kritik, Änderungsvorhaben und Absichtserklärungen vorgelegt hat. Das steht ganz im Gegensatz zu den eingangs erwähnten Schmähungen und der Behauptung, die AfD bleibe konstruktive Vorschläge weitgehend schuldig.

Was besonders auffällt, ist die starke Systemkritik, die sich bei den anderen Parteien so nicht findet (höchstens bei der Linken). Die Kritikpunkte treffen überwiegend zu. Auch wo das nicht der Fall ist, kommt durch die sachliche Darstellung nie der Eindruck auf, dass da Polemik getrieben wird.

Die Polemik ist vielmehr auf Seiten der Schmäher, die sich durch ihren unsachlichen Stil disqualifizieren. Kritikpunkte sind nicht ernstzunehmen, wo es nur zu Schlagworten reicht. Klarerweise geht es da nicht um sachliche Auseinandersetzung, sondern um Verurteilung. Da können Humanisten eigentlich nicht mitmachen.

Das heißt nun nicht, dass das Programm für humanistisch Denkende akzeptabel ist. Zuviel ist rot markiert und unakzeptabel. Ein paar Knackpunkte:

- die Leugnung vom Klimawandel
- die Unterstellung einer christlichen Leitkultur
- die Unterstellung von Kriminalität usw. ohne Belege

Andere Punkte bringen die Schmäher auch zum Schäumen, aber das sind welche, die man unter demokratischen Gesichtspunkten tolerieren muss. Ein anständiger Mensch darf sowas durchaus denken und wollen, er ist dann eben ein konservativer Mensch:

- die Verurteilung vom Schwangerschaftsabbruch
- die Lobhudelei für das alte Familienbild
- die unklare Ablehnung der Chancengleichheit als "Gender Mainstreaming"
- die Forderung nach Waffenbesitz und Wehrpflicht
- wenn die Statistik das hergibt, muss man sagen dürfen, dass "muslimische Migranten" ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau erreichen und ihre Geburtenrate deutlich höher liegt als bei Einheimischen
- ob der Islam zu Deutschland gehört, ist eine Definitionsfrage, über die jeder selber entscheiden kann
- gegen Burkas und Schächten darf jeder nach seiner Fassung sein, genauso wie für Atomkraft
- dass man einen weggeschmissenen Pass nicht als Abschiebungshindernis anerkennen mag, ist auch jedem unbenommen
- was Flüchtlinge sind, sollen nicht sie selber entscheiden dürfen
- Grenzen zumachen ist mittlerweile Realpolitik

Die Selbstdarstellung der AfD ist nicht einheitlich, offenbar haben die Landesverbände andere Texte herausgegeben, und was einige AfD-Politiker reden, ist nochmal was anderes.

- die Darstellung vom Islam als "Fremdkörper" stammt nicht aus dem Grundsatzprogramm
- dass die Hartz-IV-Empfänger "Bürgerarbeit" leisten sollen, auch nicht
- dass die Staatssender zu positiver Berichterstattung über Familie usw. beeinflusst werden sollen, auch nicht

Überraschend ist die Liste der positiven Punkte, die sich bei der differenzierten Durchsicht ergeben haben:

- pro soziale Marktwirtschaft
- Straftatbestand der Steuerverschwendung einführen
- Fluchtursachen in den Herkunftsländern müssen bekämpft werden, auch wenn dies für die westliche Wirtschaft nachteilig ist (!)
- Mindestlohn soll beibehalten werden
- Echte Flüchtlinge will auch die AfD schützen, solange die Fluchtursache im Heimatland andauert
- Rückkehr sollte durch ein internationales Wiederaufbauprogramm unterstützt werden

Sicherlich macht das die AfD nicht zur Wunschpartei der Humanisten. Aber das Programm ist ein ernsthafter Versuch, eine konservative Politik zu definieren, der viele Menschen zustimmen können. Diese Bemühungen sind anzuerkennen. Die Fehler und (Selbst-)Täuschungen kann man ohne Polemik diskutieren. Das ist eine gute Übung in Demokratie, wenn man den anderen Standpunkt ernstnimmt.

Es ist schade, dass man nicht Teile des Programms wählen kann. Da sind einige Stellen drin, die man woanders wahrscheinlich nicht findet. Mal sehen, welches Parteiprogramm hier als nächstes drankommt.

Nachtrag: Könnte schwierig werden, weil zumindest Linke, SPD und CDU nix Aktuelles haben.

NACHTRAG vom 13.3.2017: es wurde eine verbesserte Version online gestellt:

http://www.atheisten-info.at/downloads/AfD_Programm2.pdf